

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 174.

Neuenbürg, Freitag, den 28. Juli 1922.

80. Jahrgang.

Schließet die Reihen!

Die äußeren Formen des politischen Kampfes scheinen in Deutschland immer roher und rücksichtsloser zu werden. Über das übliche Maß hinaus geht die Verhetzung und Verleumdung einzelner Führer und ganzer Volksteile. Die öffentliche Meinung wird ohne jeden Zwang in eine Richtung gedrückt, so daß leicht eine vernichtende Explosion zum Ausbruch kommen kann. Mit ernstlichen Befürchtungen ist der verantwortungsbewußte Staatsbürger diese bedrohliche Entwicklung. In klarer Erkenntnis der bevorstehenden Gefahr fragt er sich mit Millionen gleichgesinnter Mitbürger, ob es nicht Mittel und Wege gibt, um diesem schmerzlichen, vielleicht vernichtenden Völkerverderben die schmerzliche, vielleicht vernichtende Wunde zu öffnen, um einen offenen Bürgerkrieg zu vermeiden. Es erscheint ihm unüberwindlich, daß eine kleine Gruppe von unentwegten Führern, von demagogischen Draufgängern und Debern, von denen jeder so leicht die Befolgung der betörten Massen finden kann, während in den Kreisen der Besonnenen und vernünftigen Vaterlandsfreunde meist nur Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Zersplitterung zu herrschen scheinen.

Wie sie in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkannt und der Welt zur Kenntnis gebracht wird, da findet sich auch unter den Vaterlandsliebenden, ihrer Staatsbürgerpflicht bewußten Männern, denen das Wohl des Ganzen doch über alles geht, die Bereitschaft, der Verleumdung und Verleumdung entgegenzutreten. Schon ein kleiner Kreis von vernünftigen und großzügigen Persönlichkeiten, die in dieser Sache zusammenwirken bereit sind, kann in entscheidenden Augenblicken durch maßvolles, aber bestimmtes Auftreten den Schwärmenden und Hysterischen ein aufmunterndes Vorbild von Verantwortungsbewußtheit und Pflichtbewußtheit geben, zur Zurücknahme einer Einheitsfront gegen die Mächte der Verleumdung, des Aufruhrs und des Unmuts werden und somit an seiner Stelle dazu mitwirken, Deutschland vor dem Untergang in Bürgerkrieg und Chaos zu retten. Das Vernünftige und Geringfügige muß in einem solchen Kreis nicht in fruchtlosen Forderungen münden, sondern in der Tat und Entschlossenheit wurzeln lassen, daß von hier aus eine wertvolle Beeinflussung der Stimmung in weitem Ausmaß möglich ist.

Nicht große Gesten und harte Worte, nicht ängstliches Ausweichen und feige Nachgiebigkeit, sondern nur ehrliches, offenes, unparteiisches Handeln auf der Basis der Vaterlandsliebe mit klarem Kopf und warmem Herzen wird uns ohne größere Erschütterungen aus diesen Zeiten der Wirrungen und Spannungen herausführen in ruhigeren Bahnen, zu den ersten Stufen eines deutschen Aufstiegs, an den wir alle in diesem Augenblick glauben, auf den wir alle mit ganzer Kraft streben wollen, um unseren Kindern und Enkelkindern eine bessere Zukunft zu ererbten, als sie das Schicksal uns beiderzeit hat. Dieses ferne, große Ziel steht vor Augen werden wir uns durch die düstere Gegenwart den Weg zu bahnen wissen. Der wackelige, an Enttäuschungen überreiche Kampf gegen die verlockenden lähmenden Kräfte in den eigenen Reihen wird er den, der bis zum Ende ausdauert, gekrönt sein von dem schönsten Preis: dem einigen Volk im freien Vaterland!

Deutschland.

Stuttgart, 27. Juli. Nach einem Reichstagesbesuch in Stuttgart zum Sitz des Reichsverwaltungsgerichts ausserhalb.

Karlsruhe, 27. Juli. Die Zeitung der Freiburger Ortsgruppe der Deutsch-Nationalen Volkspartei teilt mit, daß der Reichstagsabg. Dr. Düringer nur aus der Reichstagsfraktion der Deutsch-Nationalen Volkspartei ausgetreten ist. Von einem Austritt aus der Partei als solcher ist nichts bekannt. Eine Versammlung in Würzburg stattfindende Tagung der süddeutschen Reichstagsfraktion, die die deutsch-nationalen Fraktionen von Baden, Bayern, Hessen und Württemberg umschließt, wird sich den Fragen, die mit den Austritten der Abgeordneten Düringer, Deunig, Graefe und Wulle aus der Reichstagsfraktion zusammenhängen, befassen.

Berlin, 27. Juli. Der Reichstagsausschuß des Reichstags hat am Freitag über die Frage beschlossen, ob der Reichstagsausschuß einberufen werden soll. Die rein sozialistische Regierung in Kölningen hat in den letzten Tagen in zahlreichen Fällen in Verhandlungen unter den hohen Beamten in der Reichstagsverwaltung vorgenommen. Unter den Gemäßigten befindet sich auch der Reichstagsabg. Dr. Düringer, der bei den letzten Reichstagswahlen Reichstagsabg. der Deutsch-Nationalen Volkspartei im Wahlkreis Altkreis war. Das schmeckt hart nach Parteiober. Die russische Gesandtschaft in Berlin wurde zum Range einer Botschaft erhoben.

Die Reaktion in Bayern an der Arbeit.

München, 27. Juli. In der Spannung zwischen Bayern und Berlin läßt sich zunächst Neues nicht sagen. Die bayerische Regierung sowohl wie die hinter ihr stehenden Fraktionen des Reichstags können noch keine weiteren Schritte unternehmen, bevor nicht offiziell die Erklärung der Reichsregierung an Bayern übermittelte ist und bevor Bayern nicht weiß, welche Forderungen die Reichsregierung stellt. Beachtenswert ist, daß die erste Volkserhebung über die politische Lage in der bayerischen Mittelpartei einberufen worden war, in der der Führer der Bayerischen Mittelpartei, Abgeordneter Dr. Albert, über die politische Lage sich äußerte und behauptete, daß die politische Lage sich äußerte, daß die politische Lage sich äußerte. Es gibt für uns keine bayerische, sondern nur eine deutsche Frage. Seitdem Wirth am Ruder ist, begann der Kampf gegen Bayern. Der Sturz Wirths war ein glänzender Erfolg Wirths. Wir bedrohen die Republik nicht, wir warten in Ruhe, bis sie selbst endet. Wir wollen keine Staatsform untergraben, aber wir untergraben mit der Reichsregierung. Wir untergraben die bayerische Regierung in ihrem eigenen Abwehrkampf. Der Hauptgrund zum Abwehrkampf Bayerns liegt in der Gefahr des Volkssturms. Wenn wir nicht nachlassen, dann wird unsere deutsche Sonne am deutschen Himmel emporkommen. Der deutsche

nationale Oberst von Klüber hatte das Schlüsselwort und erklärte unter kläglichem Beifall der Versammlung, daß es für Bayern kein Zurück und kein Umfallen gebe. Der Kampf heißt nicht gegen, sondern für das Reich.

Die demokratische Landtagsfraktion und der Vorstand der Landespartei und des Landesauschusses der Demokraten sprachen dem Bundesminister warmen Dank und Anerkennung für sein Wirken aus und hoffen, daß er weiter im Sinne eines Ausgleiches zwischen Bayern und dem Reich wirken werde.

Ein Drohbrief an die bayerischen Demokraten.

München, 27. Juli. Die Münchner Polizei beschlagnahmte ein Drohbrief, der dem Ausschuss der Demokratischen Partei von Seiten einer angeblichen Geheimorganisation anonym zugesandt ist. In diesem Briefe wird den führenden Mitgliedern der Demokratischen Partei mit dem Tode gedroht, wenn Bayern dem Berliner Gehirne nachgibt. Die Polizei ist der Ansicht, daß es sich bei dem Brief nur um die Gefährdung eines Einzelnen handele, nicht aber um einen Geheimbund von drei Viertel Millionen Mitgliedern, wie der Brief behauptet.

Verfassungswidrig und ungültig.

Berlin, 27. Juli. Gestern nachmittag tagte unter dem Vorsitz des Reichsministers des Reichsinnern, das sich mit der Frage befaßte, die durch die Weigerung der bayerischen Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik durchzuführen, geschaffen worden ist. Als Ergebnis veröffentlichte die Reichsregierung eine Erklärung, in der auf den Ernst der Lage hingewiesen wird. Zum ersten Mal seit der Gründung des Reiches ist der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einen verfassungsmäßig zustandekomme Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert. Nach der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung ist die Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig. Kein Satz der Reichsverfassung gibt einem Lande das Recht, das Inkrafttreten eines Gesetzes deshalb zu verhindern, daß ein Teil der Bevölkerung auf Widerpruch steht, zu verhindern, würde man den Ländern die Befugnis zugestehen, so würde dies das Ende der Reichseinheit bedeuten. Die Erklärung weist weiter darauf hin, daß die bayerische Regierung bei der Verabschiedung des Gesetzes Gelegenheit gehabt hätte, ihre Bedenken auf verfassungsmäßigen Wege zur Geltung zu bringen und daß einer ganzen Reihe von Sondermündigkeiten bei der Verabschiedung Rechnung getragen worden sei. Nachdem in der Erklärung auf die außenpolitischen Folgen des Schrittes der bayerischen Regierung aufmerksam gemacht worden ist, heißt es zum Schluß: Auftrage der Reichsregierung ist es, die Reichseinheit wiederherzustellen. Die bayerische Regierung hat durch den Mandat ihres Ministerpräsidenten ein hartes und festes Bekenntnis zum Reich und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgegeben. Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß die bayerische Regierung sich den Forderungen nicht entziehen wird, die die Reichsregierung im Interesse der Reichseinheit zu stellen genötigt ist. Der für gestern nachmittag angelegte Ministerpräsident ist nicht mehr zusammengetreten. Er wird sich heute Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert versammeln, um die endgültigen Beschlüsse zu fassen, auf die in obiger Regierungserklärung andeutungsweise hingewiesen wurde.

Berlin, 27. Juli. Die Germania schreibt zu der Erklärung der Reichsregierung zu der Verordnung der bayerischen Regierung: Die Gründe sind so überzeugend, daß eine sich ihrer Verantwortung bewußte Regierung sich ihnen nicht entziehen kann. Aus der Erklärung, wie aus der ganzen Haltung der Reichsregierung geht hervor, daß sie bei aller ruhigen Entschlossenheit, die Interessen und Rechte des Reiches zu wahren, es nicht an dem ehrlichen Willen fehlen lassen wird, einen offenen Konflikt mit Bayern zu vermeiden.

Der Reichspräsident als Vermittler.

Berlin, 27. Juli. Der für gestern nachmittag angesetzte Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ist auf heute vormittag verschoben worden. Er wird über die in der Regierungserklärung erwähnten, an Bayern zu richtende Forderungen Beschlüsse fassen. Wie die Hoffische Zeitung mitteilt, hat man es gestern in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß der Reichspräsident von sich aus die Initiative zur Beilegung des Konfliktes ergreifen wird, und zwar in einer Form, die unter Wahrung des verfassungsmäßigen Rechts des Reiches die bayerischen Emfindlichkeiten so weit als möglich schonet. Der Reichspräsident werde voraussichtlich nicht unmittelbar von seinem verfassungsmäßigen Recht, die Aufhebung der bayerischen Verordnung zu fordern, Gebrauch machen, sondern der bayerischen Regierung den Weg zeigen, wie sie selbst wieder auf den Boden der Verfassung zurückfinden könne. Dem Blatt zufolge wird von München aus bereits angedeutet, daß sich ein Kompromiß auf der Grundlage schließen lasse, daß Bayern einerseits den Widerstand gegen das Reichsgesetz, also in der Hauptstadt gegen den Staatsgerichtshof, aufhebe, die Reichsregierung andererseits das Jugendländnis mache, in diesem Staatsgerichtshof einen besonderen bayerischen Senat einzurichten und später bei Inkrafttreten des Reichsstrafgesetzbuches in ähnlicher Art eine besondere bayerische Abteilung. Es werde angeklagt, daß Graf Lerchenfeld demnach nach Berlin kommen werde, um darüber Verhandlungen zu führen. Wie das Blatt hin- und her, werde man es in Berlin nur begrüßen, wenn die bayerische Regierung die Reichsregierung der Notwendigkeit erlaube, von den Mitteln Gebrauch zu machen, die ihr die Verfassung gewährt.

Ausland.

Paris, 27. Juli. Die Reparationskommission vertagte die Besprechung über das deutsche Schuldengeldung endgültig bis nach der Zusammenkunft Poincaré mit Lloyd George.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. Gemeinderatsführung vom 25. Juli. In das Bürgerrecht mit Rücksicht wurden gegen die üblichen Ge-

bühren aufgenommen: Erwin Wagner, Oberamtmann und Andreas Kapp, Stadtmann.

Das Stadtbauamt hat den Voranschlag über die notwendigen Hoch- und Tiefbauarbeiten im laufenden Rechnungsjahr vorgelegt. Aus demselben ist hervorzuheben: Neben den Bauarbeiten im Rathaus erfordert die gründliche Wiederinstandsetzung des Schulhauses (Nachbau, Treppenhause, Anstrich in einigen Schulhöfen) einen größeren Aufwand, nämlich etwa 90 000 Mark, der Einbau einer Oberkellertwohnung im Kontorgebäude der Mühle mit Instandsetzung dieses Gebäudes etwa 20 000 Mark, die Instandsetzung des Turnhallebodens und sonstige Wiederherstellungsarbeiten in und an der Turnhalle etwa 30 000 Mark, Stärkung des Fonds zur Erneuerung des Turnhallebodens 10 000 Mark, Instandsetzung der Schieber und Substranten der Wasserleitung der Stadt 15 000 Mark, Badeanstalt 35 000 Mark, Bestigmantern etwa 20 000 Mark, Bewehrung der Bahnhofstraße 30 000 Mark, Ankauf und Beibehaltung von Schotter auf die Ortstraßen etwa 100 000 Mark, am Glödenbeitrag von 2 000 Mark noch eingedehnt 15 000 Mark, Unterhaltung der Vorstadtbrücke 15 000 Mark, für ein Kriegerdenkmal werden vorgesehener beider 30 000 Mark. Zusammen ergibt sich einschließlich der gewöhnlichen Unterhaltungskosten für die Stadt, Gebäude, der Wasserleitung, der Kanalisation der Straßen, Gräben und Wege ein Gesamtaufwand von 639 500 Mark. Der Gemeinderat nahm davon Kenntnis, daß dabei nur die dringendsten Arbeiten vorgeesehen sind und gab nach längerer Beratung seine Zustimmung zur Ausführung solcher, von der Erhaltung ausgehend, daß trotz der enormen Kosten eine Verwahrlosung der Stadt, Gebäude und Einrichtungen nicht eintreten dürfe und eine Vernachlässigung in diesem Punkt später nur noch höhere Aufwendungen im Gefolge hätte.

Die vom Stadtbauamt vorgelegte Abrechnung ergab, daß die Gehwegherstellung zwischen den beiden Schloßstraßen mit Straßenerweiterung einen Aufwand von 66 078 Mark verursacht hat.

Auf den Voranschlag des vorbereitenden Ausschusses für das Elektrizitätswesen werden die Strompreise ab 1. August d. J. neu festgesetzt. Die Festsetzung beruht auf genauer Kalkulation von Einnahmen und Ausgaben nach dem heutigen Stande. Der Grundpreis beträgt künftig für eine kWh. 24. Höhe 7 Mk., Kraft 6 Mk., zum Verkauf tritt ein Zuschlag von 75 Proz. Auf 1. Oktober hat wiederum eine Nachprüfung einzutreten, ob die festgesetzten Preise dann noch den Verhältnissen entsprechen. Da die festgesetzten Elektrizitätspreise mit Wasserkraft arbeiten, ist es noch möglich, hinter den andernorts üblichen Sätzen zurückzubleiben, immerhin machen die Steigerung des Aufwands für Öl, Personal, die Unterhaltung des Netzes und der Zentrale sowie höhere Abschreibungen die Anpassung an die steigenden Kosten notwendig. Die Frage der Anschaffung eines neuen stärkeren Motors oder Umbau des Trilmotors in einen Dieselmotor und Anschaffung eines weiteren kleineren Motorventors ist noch nicht genügend geklärt und kann deshalb heute noch nicht zur Entscheidung gebracht werden.

Auf Grund der ergangenen Ministerialerlasse und der Anträge des vorbereitenden Ausschusses wird die Stadtpflege angewiesen, für die planmäßigen Baumaßnahmen und Angelegenheiten der Stadtwirtschaft die Feuerungs- und Wasserversorgungsarbeiten auszubehalten. Die Abgabe für Naturabfuhrungsarbeiten wurden hierzu neu festgesetzt. Die Gebühren des Totengräbers, Leichenbesorger und der Leichenbestatter müssen den Verhältnissen entsprechend erhöht werden.

Nachdem noch eine Anzahl kleinere Sachen erledigt waren, konnte die Sitzung um 10 1/2 Uhr geschlossen werden. A. Neuenbürg, 26. Juli. Schwarzwaldverein. Am kommenden Sonntag unternimmt der Schwarzwaldverein Neuenbürg seine 4. Tageswanderung in diesem Wanderjahr. Gerade diese Wanderung gehört vom geologischen Gesichtspunkt aus betrachtet, zu den interessantesten, und was der Schwarzwald an Schönheiten uns bietet, zu den schönsten. Aber auch an Gemütlichkeit wird es an diesem Tage nicht fehlen. Von Wildbad aus bringt die Bergbahn die Wanderer hinaus zum Sommerberg, von wo aus der Weg zum Wildsee über das Moor führt. Dieser Weg wurde neuerlich von Pionieren erstellt und ist sehr gut zu begeben. Die Führer werden es sich angelegen sein lassen, über die besondere Art von Erde, d. h. über die Entstehung und Entwicklung des Moores recht unterhaltend zu werden. Vom Wildsee führt der Weg noch geraume Strecke über das Moor hinaus zur Protzenau in ein wunderschönes, einfaches Talchen, wo die Natur viele Abfälle geschaffen hat, um zu rufen und zu rufen. Gelegenheit zum Abkühlen bietet gerade auch das Protzenauerbächle und ist es sehr empfehlenswert, sich mit einem kleinen Aluminiumtopfchen zu versehen, das sicher nicht so viel Platz wegnimmt, daß etwa nicht mehr genügend Nahrungsmittel mitgenommen werden können. Diese beiden Gegenstände werden es das nächste mal nicht vermissen. In der Protzenau, übrigens die einzige Wirtschaft während der ganzen Wanderung, wird eingeleitet, ohne jedoch allzulange dabei zu verweilen. Den Abschluß der Wanderung bildet die Erhebung des Gelschlopfes und der Ebergebene, der Weg nach Calmbach. Im Waldhorn in Calmbach ist, um auch den jungen Wanderern und denjenigen, die sich noch jung fühlen, einen Wunsch zu erfüllen, Gelegenheit, der Göttin „Terzschöre“ zu huldigen, überaus recht gemächlich zu sein, bis der letzte Zug nach Neuenbürg führt und die Wanderer — in Calmbach bleiben?

Wildbad, 27. Juli. Die Zahl der Fremden in Wildbad beträgt bis heute nach der amtlichen Statistik 10 500 Personen.

Wildbad.

Stuttgart, 27. Juli. (Der 100fache Papierpreis.) Auf dem Wege der Druckpapierverschiebung gibt es anscheinend kein Daiten mehr. Seit Beginn des Monats Juli ist der Papierpreis, der bis weit in die Kriegsjahre hinein 20 Bg. für das

in gewissen Kreisen...
Hühner, alte Hühner...
Wildbad...
Arbeit...
Leinwand...
Bücher! 2022...
antiker... Musik...
Quantum...
Fruchtsaftpresseri...
der Murr.

Alto betrug, auf 20 M. festgelegt. Das macht für den Wagon fast früher 2000 M. 1921 200 000 M. Diese kommt noch dazu, früher der Preis sich frei auf Druckeri verhandelt, während heute nur frei auf Bahnhof geliefert wird. Das außerordentlich hohe Holzgeld ist also noch außerdem zu bezahlen. Früher gewährten die Papierfabriken auch noch 2 Prozent Skonto bei Zahlung innerhalb 30 Tagen, heute heißt es: Netto Kasse. Doch mit alledem sind wir noch lange nicht am Ende. Für den Monat August ist eine weitere außerordentliche Papierpreissteigerung geplant. Dazu kommt für die Zeitungverlage, daß infolge des Sinkens der Mark und der Erhöhung der Telegramm- und Postgebühren der Nachrichten dienst täglich teurer wird. Der Reichstag aber macht ein Gesetz zum Schutz der Presse, das den kleinen Zeitungen wenig nützen wird. Den Zeitungsverlagen ist daher nichts anderes übrig geblieben, als die Preise, die bisher noch weit hinter der allgemeinen Preisentwertung zurückgeblieben sind, weiter zu erhöhen. Sie haben es ungern getan, denn sie wissen genau, daß mit jeder Erhöhung eine Verkürzung des Leserkreises verbunden ist. Aber der vernünftige Leser wird sich sagen: Immer noch besser eine etwas teure Zeitung, als gar keine.

Stuttgart, 27. Juli. (Neue Kohlen- und Brennholzpreise.) Die städtische Preisprüfungsstelle hat die Kohlen- und Brennholzpreise neu festgelegt. Danach kosten ab 15. Juli je 1 Hfr. Anthrazit 185 M., Rubrikholz 191,10 M., Eiformbrühte 185,50 M., Union-Briketts 115,00 M., Tannenholz 185,50 M., Buchenholz 207,10 M., je frei Keller. Bei diesen Preisen werden Tausende ihren Winterbedarf an Brennstoffen nicht mehr kaufen können.

Stuttgart, 27. Juli. (Ende des Buchbinderstreiks.) Die streikenden Beschäftigten der hiesigen Buchbindererei haben am 27. Juli die Arbeit wieder voll aufgenommen. Die einstündige Arbeitszeit ist nunmehr auch im Buchbinderergewerbe von den Unternehmern durchgesetzt worden.

Suffenshausen, 27. Juli. (Unter schwerem Verdacht.) Unter der Beschuldigung, Abtreibungsmittel gegen Bezahlung vertrieben zu haben, ist die „Schwab. Tagewacht“ verhaftet. Dr. med. Klaus verhaftet worden.

Reilbrunn, 27. Juli. (Verurteilung.) Der zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilte frühere Stadtschultheiß Rapp von Reilbrunn hat gegen das Urteil der Strafkammer Reilbrunn Revision beim Reichsgericht eingelegt. Das Reichsgericht hat diese Revision verworfen.

Gemaringen, 27. Juli. (Hartharke Trauben.) Schon seit 27. Juli sind an der Naustromer der Winne GmbH in der Ortswaldsiederstraße gefährliche Trauben anzu treffen.

Kaunheim, 27. Juli. (Verhaftung.) Ein aus dem hiesigen Oberamt stammender Burde, der dringend verdächtig ist, den Heberfall auf den Kanarier Johann Josef von Wolpertshausen ausgeführt zu haben, ist verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Teinach, 27. Juli. (Ein Raubdiebstahl.) Das Schöffengericht hat den 27 Jahre alten Landwirt Karl Verteile aus Raur zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in der Nacht vom 21. auf 22. Juni mit einem unbekannteren Bogen fuhr, in dessen Verlauf er auf einem Motorrad daherkommende 23 Jahre alte Anna Ferdinand Baumann von Schindelsberg hinterrüber schleuderte, infolgedessen Verletzungen, denen er am anderen Tag erlag. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt.

Reidenheim, 27. Juli. (Fehlende Kinder.) Eine Arbeiterin wollte Schokolade einkaufen, verlor aber den mitgenommenen Betrag von 2000 Mark. Die Tochter eines Geschäftsmannes hat das Geld gefunden und ehrlich abgeliefert.

Waben.

Worsheim, 27. Juli. Heute früh wurde im benachbarten Döbermann der Göttinger Kaiser Leopold Häfner, der sich seit längerer Zeit seiner nicht unbedeutenden Landwirtschaft widmet und bei dem man wohl einige Vermittler vermuten dürfte, in seinem Bett erschlagen aufgefunden. Er ist scheinbar während des Schlafes überfallen worden. Der Täter bemutete für seine Tat ein dem Häfner gehöriges Fell, mit dem er dem Unglücklichen den Schädel auf eine grausame Art einschlug. Die Schränke waren durchwühlt und die Schußwunden der Kommode aufgefunden, so daß man wohl mit einem Mordanschlag rechnen kann. Ueber die Persönlichkeit des Mörders hat man noch keinerlei Anhaltspunkte. Die Aufregung der Bevölkerung ist begreiflicherweise sehr groß.

Oeffenburg, 27. Juli. Einen guten Fang machte die hiesige Polizei. Nach mehrtägigen eifrigen Bemühungen gelang ihr die Verhaftung eines sich seit einigen Tagen in einem hiesigen Hotel aufhaltenden Ehepaars aus Mannheim, das vor vier Wochen in Mannheim einen Diebstahl ausgeführt hatte, wobei ihm Werte von 600 000 Mark in die Hände gefallen waren. Es waren dies 110 000 Mark in barem Gelde sowie Brillanten und eine ganze Menge wertvoller Schmuckstücke.

gegenstände. Der weitaus größte Teil des Geldes sowie die gesamten gefahrenden Gegenstände konnten wieder beigebracht werden.

Reilbrunn, 27. Juli. Ohne die erforderliche Ausfuhrerlaubnis zu besitzen, plante der in Reilbrunn wohnhafte Rechtsanwalt Albert Viktor Huber die Verbringung von Heilbädern nach der Schweiz. Er kaufte in Vörsach zehn Festlager für 14 000 Mark, darauf trat er mit einem jüngeren Ausbissangehenden des Finanzamts Vörsach in Verbindung, mit dem er einen Scheinkauf über die Festlager abschloß und den er durch eine Anzahl franken gefällig zu machen suchte, ihm die Festlager nach Reilbrunn zu bringen. Eine gegen Huber wegen verächtlicher unerlaubter Ausfuhr erlassene Strafe wurde vom Schöffengericht Vörsach wieder aufgehoben. Auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft verurteilte nun die hiesige Kreisstrafkammer den Huber heute zu 2 000 Mark Geldstrafe oder zu einer entsprechenden selbstverwirkelnden Gefängnisstrafe und zu den Kosten beider Rechtszüge.

Singen-Gabranziel, 27. Juli. Die die „Oberländer Zeitung“ mittelt ist die Untersuchung über die Anschuldigungen am 4. Juli (Erordnung des Majors Scherer) in den letzten Tagen mit gutem Erfolg fortgeschritten, so daß in kurzer Zeit ein zutreffendes Bild der Vorgänge gegeben werden kann. Es sind bereits mehrere Verhaftungen von Leuten vorgenommen worden, denen eine direkte Beteiligung an den Ausschreitungen nachgewiesen werden kann.

Siedingen, 27. Juli. Auf Grund des Ausnahmegesetzes wurde hier ein junger Student verhaftet, der in einem hiesigen Hotel bei einer Diskussion über politische Angelegenheiten den ermordeten Minister Dr. Rathenau einen Gefängnisbesuch nannte, der vor und während des Krieges anders gedenkt und geschrieben habe, als nach dem Kriege. Wölfflich erhob sich einer der Gäste, legitimierte sich als Kriminalbeamter und erklärte dem Studenten auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik für verhaftet. Der Verhaftete wurde ins Gefängnis nach Siedingen gebracht.

Heberlingen, 27. Juli. Heute morgen fiel ein 6 Jahre alter Knabe in den hochgeschwollenen See. Auf Rufen ihrer Mutter eilte die kleine Jun Weichardt herbei, sprang mit ihren Kleidern in den See und rettete den Kleinen vom Tode des Ertrinkens.

Bemerktes.

Der Betriebsrat als Postbote. Ein ungetreuer Postkoffer wurde auf dem Wilmersdorfer Postamt in Berlin vor einiger Zeit zurückerhalten und untersucht. Er hatte wiederholt Briefe mit sechs unterlagen. Die Kriminalpolizei dachte an dem Postamt Wilmersdorf blumige Dichtbälle auf, die schon bis in die Jahre 1921 und 1922 zurückreichen. Der Urheber und Hauptmittler war ein Postkofferkäufer Kersten, damaliger Betriebsrat des Postamts. Kersten sah alles, was ihm in die Hände kam. Stoffe und Briefe, Pelze und Bekleidungsgegenstände, Nahrungsmittel, Rauch und noch gewannen er eine ganze Reihe von Angestellten und Ausbüßern zu Mitarbeitern und Vertrauten, von denen mehrere schon vor längerer Zeit aus dem Postdienst ausgeschieden. Auch Kersten war bereits im Frühjahr freiwillig ausgeschieden, weil er sich nicht mehr fähig fühlte. Viele Leute mußten, daß bei ihm allerlei, besonders auch Lebensmittel, zu haben waren. Hier Betrüger wurden festgenommen, aber 20 aus dem Dienst entlassen. Wegen aller wurde das Strafverfahren eingestellt. Die Beteiligten sind ausnahmslos gefänglich. Unter ihnen befindet sich auch ein ehemaliger Wilmersdorfer Stadtverordneter, ein Postkofferkäufer, der 22 Jahre im Dienst gewesen ist.

Aus dem dunklen Berlin. In der Nacht zum Sonntag früh 43 Uhr wurde in Berlin ein Nachtlokale ausgehoben, in dem der Mord zu verfahren pflegt. 20 Personen, die sich nicht ausweisen konnten, wurden eingeladen, auf der Polizeiwache sich zu ernähren, drei davon behielt die Kriminalpolizei für sich zum Andenken. Das ist nichts ungewöhnliches. Aber es wurde zugleich festgestellt, daß an dem Abend der Schwammwein in Strömen geflossen war, obgleich für die Nacht 1000 Mark bezahlt wurden.

Polnische Höflichkeit. In Danzig herrscht ein Polkoffizier, der mit einem Arbeiter in Streit geraten war, diesem den Kopf. Als ein Schutzpolizist den Namen des Offiziers höflich feststellen wollte, verriet der Pole dem Beamten einen scharfen Stiefel in die Wangengegend und verschwand in das Generalkommissariat, in das dem Polizisten der Eintritt verboten wurde. Der Vorfall hat naturgemäß großes Aufsehen erregt.

Geilung durch Erschrecken. Am vergangenen Sonntag kam ein nach Raurdeß bestimmter Pilgerzug auf dem Bahnhof von Dion an. Hier hatte der Zug einige Minuten Aufenthalt, und eine Anzahl von Reisenden eilte auf den Bahnsteig, um eine Erfrischung zu sich zu nehmen. Als der Zug einsteigen! erstunte und die Reisenden wieder zu ihrem Zuge eilten, kam plötzlich auf einem Geleise, das die Pilger überquerten mußten, ein D-Zug veranbraunt. Auf dem Geleise befand sich noch ein Fahrer, der sich an Krüden fortbewegte. Ein ein-

ziger Ausschrei ertönte aus allen Abteilen des Zuges, denn die Bahnen sahen sich vor dem Zug nicht mehr retten zu können. Glücklicherweise ließ er die Krüden fallen und ließ mit großer Schwärze davon. Der Schreck hatte seine Wirkung bewirkt.

Debung des Goldschages auf der „Austonia“. Die in New York gemeldet wird, ist am 21. Juli eine Expedition ausgegangen, die versuchen soll, den Goldschatz, den die „Austonia“ an Bord hatte, zu heben. Dieser Schatz beträgt es heißt, 70 Millionen Goldfranken. Die Debung wird die Hilfe einer neu erfundenen Taucherausrüstung unternehmen, die es möglich macht, bis zu einer Tiefe von 80 Metern zu tauchen, mit der also die 80 Meter tief liegende „Austonia“ erreicht werden kann. Die Expedition ist durchaus, daß sie Geld und Mühe vor allem auf die Debung des Goldschates verwendet. An der Debung des übrigen Inhalts der „Austonia“ hat man, wie leicht verständlich, in Amerika und England gar kein Interesse. Es wäre umso verdienstvoller, wenn die Taucher sich überzeugen könnten, ob er noch vorhanden ist, und wahrheitsgemäß darüber berichten würde. Nicht dem Geldbeutel, aber der Wahrheit würde damit ein großer Dienst geleistet.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 27. Juli. Dem Donnerstagmarkt am 27. Juli Schlachthof waren zugeführt: 136 Ochsen, 40 Bullen, 250 Jungkälber, 220 Jungstiere, 309 Kühe, 456 Kälber, 561 Schaff, 37 Schafe und 4 Biegen. Unverkauft blieben 16 Ochsen, 10 Bullen, 100 Jungkälber, 100 Jungstiere, 100 Kühe, 100 Kälber, 100 Schaff, 100 Schafe und 4 Biegen. Lebendgewicht: Ochsen 1. 3000-3200, Bullen 1. 3000-3200, Jungkälber 1. 3000-3200, Jungstiere 1. 2200-2400, Kühe 1. 2000-2200, Kälber 1. 1100-1300, Schaff 1. 4000-4200, Schafe 1. 3200-3400, Biegen 1. 6400-6600, 2. 6100-6300, 3. 5700-6000 M. Verkauf des Marktes: bei Großvieh langsam bei Kälbern und Schweinen lebhaft.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 27. Juli. Reichspräsident und Reichskanzler richteten sehr herzlich gehaltenen Beileidskundgebungen an die Witwe des verstorbenen Finanzministers a. D. Pfaffing, denen sie dessen wertvolle Tätigkeit um das Reich und die engere Heimat gedenken.

Stuttgart, 27. Juli. Der als Reichsvertrags-Präsident erdichtete Beileidsbrief über das Reichsvertragsministerium bestimmt in § 1, daß es seinen Sitz in Stuttgart hat. Bei der Begründung des Entwurfs wird u. a. gesagt: 11 Städte haben sich beworben. Nur drei haben für die Unterbringung des Reichsvertrags-Archivs gemacht, Karlsruhe und Stuttgart. Das Angebot der württ. Regierung erscheint als das günstigste. Das Reich erhält dort einen Grundbesitz, dessen Wert bereits heute ein mehrfaches des geforderten Betrags von 5 Millionen Mark darstellt. (Es handelt sich bekanntlich um die Villa Reichenstein). Den wesentlichen Vorteil bietet der Stuttgarter Vorschlag insofern, als die Ausübungsfähigkeit des Gebäudes unbegrenzt ist. Für die Entscheidung zu Gunsten Stuttgarts spricht weiter, daß es nach noch keine oberste Stelle des Reiches gibt und daß die Württemberg wohl nicht verlagert werden kann, da es Bayern und Sachsen zugestanden wurde. Die württ. Landesregierung erfüllt die Voraussetzungen, die für den Sitz des höchsten Reichsgerichts in Betracht kommen.

Karlsruhe, 27. Juli. Morgen findet eine Besprechung der Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Preußen über die durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli geschaffenen Lage statt.

Karlsruhe, 27. Juli. Der Reichskanzler hat den bayerischen Staatspräsidenten Dr. Hummel eingeladen, bei der Befreiungsfest im Reichstag am 11. August 1922 die Rede zu halten. Staatspräsident Dr. Hummel hat die Einladung angenommen.

München, 27. Juli. Die Unabhängigen haben beim Verfassungsausschuß zwei Anträge eingebracht, von denen der erste die Mitglieder des Hauses Wittelsbach aus dem Reichsausgewiesenen sehen will, und von denen der zweite will, daß alle Angehörigen fürstlicher Häuser aus ganz Deutschland ausgewiesen werden, soweit sie irgendwelche Kronabschlüsse haben. Die Anträge wurden abgelehnt. Auch die Reichstagssozialisten stimmten aus rechtlichen Gründen gegen die Anträge.

„Was bin ich?“ fragte Bildl. „Das versteht ich nicht.“ „Ich werde es Euch schon verstandlich machen.“ war die Antwort des Assessors, welcher den inhaltsschweren Vorgesetzten und das lange Gelesentnis mit den Entscheidungsgründen verlas.

„Es lag im damaligen Strafverfahren, daß zur Beurteilung eines leugnenden Angeklagten ein ganz bestimmter Beweis vorgebracht werden mußte. Es müßte vor der Vorannahme Angeklagten oder Verurteilten zunächst mit zwei gleichzeitigen und zwei nachfolgenden vollkommener Erwiesen sein. Ohne diese Erwiesenisse konnte eine Verurteilung nicht erfolgen, sondern es müßte ausgemacht werden, daß der Angeklagte keine zwar nicht überführt werden, allein, er bleibe verdächtig, so daß die Untersuchung jeden Augenblick wieder aufgenommen werden könne, sobald irgend ein neuer Anhaltspunkt sich ergibt.“

„Das versteht ich nicht.“ wiederholte Bildl. nach der Verlesung und Erklärung des Beamten.

„Ihr werdet's schon lernen.“ wiederholte dieser, wenn Ihr erst draußen seid.“

„Draußen?“ rief Bildl. auflodernd. „Ich muß also nicht mehr im Gefängnis bleiben? Ich darf hinaus?“

„Ihr seid frei.“

„Frei! Und ich kann hingehen? Überall hin?“

„In's Himmelmoos?“

Wenn Ihr es selbst wollt, wenn Ihr Euch nicht dem Scheitern, kann es Euch Niemand verwehren. — Ihr müßt Euch bei dem Mörder bedanken, der Euren Vater in die andere Welt befördert hat. Ihr seid der einzige Sohn, Alles gebtet also unbeschritten Euch. Ihr habt nichts zu tun, als daß Ihr Euch beim Gemeindevorsteher meldet und ihm dieses Schreiben übergibt, der wird Euch dann das Weitere sagen. Der Gerichtsdienst wird Euch dann Kleider und alles geben, was ihr mit in den Kreis gebracht habt, und dann magt, daß Ihr weiter laßt. Ich will für Euch wünschen, daß wir nicht wieder zusammenkommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

20. (Nachdruck verboten.)

„So kommt Er doch noch zu mir!“ rief Bildl. ihm entgegen. „Ich habe schon geglaubt, Er hat mich ganz vergessen, weil sich in dem Dien nichts rührt, aber Er will mich erziehen lassen, damit man mich auf die kürzeste Manier los wird.“

„Nicht raisonnieren, Burche!“ unterbrach ihn der Gerichtsdienstler. „Ich weiß schon, was ich zu tun habe. Hebrigens wird heute gar nicht mehr eingekerkert in diesem Dien.“

„Nicht mehr? Warum denn?“ fragte der Gefangene.

„Kommt' ich in eine andere Zelle?“

„Das wird Er schon erfahren, wenn Er jetzt hinterkommt ins Verhörzimmer. Der Assessor wird Ihn schon sagen, wohin Er kommt. Ich weiß nur so viel: Sein Urteil ist da.“

Bidl hatte sich bei dem Worte „Urteil“ rauh erhoben; er fuhr rucklos zusammen und stammelte dasselbe wiederholt mit bebenden Lippen nach: „Mein Urteil!“ sagte er. „Was das für ein dummes Wort ist! Ich habe ein gutes Gewissen und weiß, wie das Urteil lauten muß, und doch bin ich beinahe erschrocken.“

„Das wird schon von dem „guten Gewissen“ kommen.“ entgegnete spöttisch der Diener und stieß mit dem Fuße den Hund zurück, der, als Bildl auf seinen Wurf die Schwelle überschritten hatte, sich wehnd an diesen wendete und nicht über gelautet schien, ihm die Hand zu legen.

„Was hat Ihn denn der Hund getan, daß Er ihn so ruft?“ rief Bildl. „Beydenn Er mir wohl nicht einmal, daß mich ein Hund anschaut? Kommt her, Trax,“ fuhr er fort und deutete dem Tiere den weißen Kopf, den es schweigend an ihm hinlegte. „Ich leh Dir nichts tun.“

Der Gerichtsdienstler vermochte sich den beiden Bestreuten gegenüber nicht stark genug fühlen — er blieb zurück und ließ den Arrestanten vor sich hergehen, der den Weg zum Verhörzimmer bereits nur zu wohl kannte.

Der Assessor, der die Untersuchung führte, war ein älterer Mann, dessen Lodenjoppe vermuten ließ, daß ihm die Jägerrei mehr Vergnügen gewährte, als sein Amt. Er ließ den Gefangenen niederlegen und schritt ein paar Mal an ihm vorüber, als müßte er sich auf das was er zu sagen habe, erst besinnen. Er dachte nach, ob nicht eine List zu finden sei, den Angeklagten durch eine unermutete Frage zu verblüffen und von seinem hartnäckigen Leugnen abzubringen. Er liebte derlei Kunstgriffe und rühmte sich gern ihres Erfolges, indem er sich den Schürdack zu streichen und zu sagen pflegte: Ein tüchtiger Untersuchungsrichter muß auch ein guter Jäger sein; er müsse dem Spitzhaken auf die Fährte kommen und ihn aus seinem Versteck herausbringen, wie einen Fuchs aus dem Bau.

„Euer Urteil ist vom Appellationsgericht gekommen.“ sagte er dann nach einiger Zeit, indem er Bildl fest in's Auge blickte, wie ein Schäge der das Abschießen und das Ziel auf seinen Stufen zusammennimmt. „Wie meint Ihr wohl, daß es lautet?“

„Wie anders, als daß ich unschuldig bin?“ entgegnete Bildl mit hastiger Freude.

„Wenn es aber nicht so wäre?“ fuhr der Beamte fort und zielte mit seinen scharfen Augen noch schärfer auf sein Bildl.

„Es muß ja so sein.“ rief Bildl. sich erhebend. „Und wenn dieser Augenblick mein letzter wäre, ich kann's nicht anders sagen, als daß ich unschuldig bin. — Wie könnte man mich also verurteilen — unschuldiger Weise?“

Der Beamte sah wohl, daß Bildl sich keine Hilfe gab, und stand losyüttelnd von seinem Vordahen ab. „Und doch,“ sagte er dann, „ist es so: Ihr seid nicht freigesprochen. Ihr seid nur von der Strafe entlassen.“

München, 27. Juli. Allgemeinen Deutschen ... erlassen in der ... a. o. heißt: Bayern ... dabei die deutsche ... Furchbare wird ... geben. Die Mark wird ... Schömlage der Arbeiter ... schüttern. Gelegentlich ... nachteiligen Folgen. ... für die gesamte Arbeit ... Disziplin das G ...

München, 27. Juli. ... Bamberger, der ... vermittlung eine Unter ... der auch der Verfa ... sich gekreist wurde ... in den bayerischen Sta ... auf den Standpunkt de ... der Einzeländer ...

München, 27. Juli. ... für weitere Umgebung ... niedergegangen, mo ... Beschlag großer Sch ... Ludwigshafen, 27. ... Bürgermeister, die sich ... sich beschäftigt hatten, ... Abordnung nach M ... der Hals vorzuge ...

München, 27. Juli. ... Reichspräsident und Reichskanzler richteten sehr herzlich gehaltenen Beileidskundgebungen an die Witwe des verstorbenen Finanzministers a. D. Pfaffing, denen sie dessen wertvolle Tätigkeit um das Reich und die engere Heimat gedenken.

München, 27. Juli. Der als Reichsvertrags-Präsident erdichtete Beileidsbrief über das Reichsvertragsministerium bestimmt in § 1, daß es seinen Sitz in Stuttgart hat. Bei der Begründung des Entwurfs wird u. a. gesagt: 11 Städte haben sich beworben. Nur drei haben für die Unterbringung des Reichsvertrags-Archivs gemacht, Karlsruhe und Stuttgart. Das Angebot der württ. Regierung erscheint als das günstigste. Das Reich erhält dort einen Grundbesitz, dessen Wert bereits heute ein mehrfaches des geforderten Betrags von 5 Millionen Mark darstellt. (Es handelt sich bekanntlich um die Villa Reichenstein). Den wesentlichen Vorteil bietet der Stuttgarter Vorschlag insofern, als die Ausübungsfähigkeit des Gebäudes unbegrenzt ist. Für die Entscheidung zu Gunsten Stuttgarts spricht weiter, daß es nach noch keine oberste Stelle des Reiches gibt und daß die Württemberg wohl nicht verlagert werden kann, da es Bayern und Sachsen zugestanden wurde. Die württ. Landesregierung erfüllt die Voraussetzungen, die für den Sitz des höchsten Reichsgerichts in Betracht kommen.

München, 27. Juli. Morgen findet eine Besprechung der Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Preußen über die durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli geschaffenen Lage statt.

München, 27. Juli. Der Reichskanzler hat den bayerischen Staatspräsidenten Dr. Hummel eingeladen, bei der Befreiungsfest im Reichstag am 11. August 1922 die Rede zu halten. Staatspräsident Dr. Hummel hat die Einladung angenommen.

München, 27. Juli. Die Unabhängigen haben beim Verfassungsausschuß zwei Anträge eingebracht, von denen der erste die Mitglieder des Hauses Wittelsbach aus dem Reichsausgewiesenen sehen will, und von denen der zweite will, daß alle Angehörigen fürstlicher Häuser aus ganz Deutschland ausgewiesen werden, soweit sie irgendwelche Kronabschlüsse haben. Die Anträge wurden abgelehnt. Auch die Reichstagssozialisten stimmten aus rechtlichen Gründen gegen die Anträge.

„Was bin ich?“ fragte Bildl. „Das versteht ich nicht.“ „Ich werde es Euch schon verstandlich machen.“ war die Antwort des Assessors, welcher den inhaltsschweren Vorgesetzten und das lange Gelesentnis mit den Entscheidungsgründen verlas.

„Es lag im damaligen Strafverfahren, daß zur Beurteilung eines leugnenden Angeklagten ein ganz bestimmter Beweis vorgebracht werden mußte. Es müßte vor der Vorannahme Angeklagten oder Verurteilten zunächst mit zwei gleichzeitigen und zwei nachfolgenden vollkommener Erwiesen sein. Ohne diese Erwiesenisse konnte eine Verurteilung nicht erfolgen, sondern es müßte ausgemacht werden, daß der Angeklagte keine zwar nicht überführt werden, allein, er bleibe verdächtig, so daß die Untersuchung jeden Augenblick wieder aufgenommen werden könne, sobald irgend ein neuer Anhaltspunkt sich ergibt.“

„Das versteht ich nicht.“ wiederholte Bildl. nach der Verlesung und Erklärung des Beamten.

„Ihr werdet's schon lernen.“ wiederholte dieser, wenn Ihr erst draußen seid.“

„Draußen?“ rief Bildl. auflodernd. „Ich muß also nicht mehr im Gefängnis bleiben? Ich darf hinaus?“

„Ihr seid frei.“

„Frei! Und ich kann hingehen? Überall hin?“

„In's Himmelmoos?“

Wenn Ihr es selbst wollt, wenn Ihr Euch nicht dem Scheitern, kann es Euch Niemand verwehren. — Ihr müßt Euch bei dem Mörder bedanken, der Euren Vater in die andere Welt befördert hat. Ihr seid der einzige Sohn, Alles gebtet also unbeschritten Euch. Ihr habt nichts zu tun, als daß Ihr Euch beim Gemeindevorsteher meldet und ihm dieses Schreiben übergibt, der wird Euch dann das Weitere sagen. Der Gerichtsdienst wird Euch dann Kleider und alles geben, was ihr mit in den Kreis gebracht habt, und dann magt, daß Ihr weiter laßt. Ich will für Euch wünschen, daß wir nicht wieder zusammenkommen.“

(Fortsetzung folgt.)

München, 28. Juli. ... 226 Zeitungen ...

München, 27. Juli. ...

München, 27. Juli. ...

München, 28. Juli. ...

München, 28. Juli. ...

München, 28. Juli. ...

München, 28. Juli. ...

